

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dort-
mund

Friedensplatz 1 /Rathaus
441135 Dortmund
Zimmer 307
Telefon: (0231) 50-27240

05.02.2008

Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		6.2
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		14.02.2008

Tagesordnungspunkt

Mindestlöhne in Planung, Kalkulation, Vergabe und Ausführung kommunaler Maßnahmen.
Ausschluss von Ein-Euro-Jobs und Dumpinglöhnen

Beschlussvorschlag

Der Rat beauftragt die Verwaltung, in allen Maßnahmen, die dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden,

1. ausnahmslos tarifvertraglich begründete Beschäftigung zugrundelegen, dies hat auch gegenüber Vertragsparteien ohne Tarifbindung zu gelten, mindestens sind die für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhne zugrundelegen,
2. den Einsatz von Ein-Euro-Jobber/innen auszuschließen.

Dies soll für alle kommunalen Dienstleistungen, für alle kommunal finanzierten Maßnahmen, für alle Maßnahmen in Arbeitsgemeinschaften und für alle öffentlich geförderten privaten Maßnahmen gelten.

Dieser Grundsatz soll in alle Leitplanungen, Absichtserklärungen, Zielvereinbarungen, Genehmigungen und entsprechende Verträge - unter Hinweis auf Vertragsnichtigkeit und Auftragsentzug bei Nichtbeachtung – eingearbeitet werden. Die Kontrolle über das Einhalten der Grundsätze und ein Controlling über Durchführung und Auswirkungen ist durch geeignete Verfahren zu gewährleisten. Die Verwaltung berichtet dem Rat darüber halbjährlich.

Begründung

Der vom Rat beschlossene kommunale "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund" erfordert soziale Konsequenzen in allen Bereichen der Politik, insbesondere auch in der Qualifizierung der Arbeitsverhältnisse und sozialen Beziehungen. Kommunale und kommunal beeinflussbare Maßnahmen dürfen sich in so einem Programm nur solcher Formen von Beschäftigung bedienen, die in sozialer Hinsicht mindestens korrekt, besser vorbildlich sind. Nicht zur Lebensführung ausreichende Löhne sind in hohem Maß unsozial, Ein-Euro-Jobs sind bei Strafe des Entzugs der Existenzsicherung erzwungene Maßnahmen - beides tastet die Würde der Menschen an.

Zu 1.: In mehreren Branchen sind neben tarifvertraglichen Löhnen Mindestlöhne vereinbart, die gesetzlich für allgemeinverbindlich erklärt worden sind. Weitere werden folgen. Das Einführen und das Einhalten von Mindestlöhnen beeinflussen nachhaltig und positiv die Entwicklungsfähigkeit von Produktion und Reproduktion in Wirtschaft und Gesellschaft, die Qualität der Arbeitsergebnisse und Dienstleistungen und die Existenzbedingungen der Beschäftigten - von Arbeit muss man leben können. Die Ausbreitung von Dumping-Löhnen, die Armut verursachen, muss korrigiert werden – in diese Richtung weisen die Vorschläge der Gewerkschaften zu Mindestlöhnen.

Zu 2.: Ein-Euro-Jobs begründen wie andere Formen erzwungener Arbeit oder Dienstleistung eine Situation geminderter Bürger-, Demokratie- und Freiheitsrechte. Sie finden in einem tarifvertragsfreien Raum statt und gründen ein Verhältnis unmittelbarer Abhängigkeit und obrigkeitstaatlicher Unterordnung. In die gesellschaftliche Systematik und betriebliche Struktur von Arbeit oder Dienstleistung werden sie nicht integriert. Im Ergebnis sind die Ein-Euro-Jobs arbeitsmarktpolitisch nicht erfolgreich und sozialpolitisch nicht weiterführend. Sie qualifizieren den Jobber und die Jobberin nicht. Vielmehr stigmatisieren sie die Betroffenen - und ihre Kinder - als nicht gleichberechtigt zur Gesellschaft gehörige Menschen.

Die Kommunen sind in besonderem Maß gefordert, Antworten auf die gestellten Fragen zu finden und dementsprechend zu handeln. In diese Richtung weist auch ganz allgemein der "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund". Im Gegensatz zur Programmatik aber werden die verarmten Haushalte der Kommunen zu jeder Kostenminimierung veranlasst. Dadurch sollen sie einerseits bilanzmäßig und personell entlastet werden – Verwaltung 2020 - und andererseits soll punktuelles Wachstum initiiert werden. Was unlauter kalkuliert und mit unsozialen Arbeits- und Lebensverhältnissen erkaufte wird, darf nicht sein und soll politisch beendet werden. Es gilt, den beschlossenen "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund" mit Leben zu füllen.

gez.

f.d.R.

Wolf Stammnitz

Stefan Nölleke